

rade unsere Wissenschaft so reich ist; und erscheint unserer Zeit nicht mehr als Problem, wenngleich sie, wie wir bald sehen werden, eminent problematisch ist.

Nicht nur in der Literatur, auch in den Hörsälen, genießt die Gliederung der Produktionslehre im Waldbau, Forstschutz und Forstbenutzung auch heute noch die vollste Anerkennung und Anwendung.

Sehr reizvoll und interessant denke ich mir die genaue Verfolgung der bisher versuchten Weitergliederung von Waldbau, Forstschutz und Forstbenutzung; in einer ausführlichen und umfassenden Geschichte unseres Systems wäre sie jedenfalls unerlässlich. Sie würde indes den Rahmen dieser Abhandlung, die sich ja ausschließlich die übersichtliche Darstellung der wesentlichsten Einteilungsprinzipien der Produktionslehre zur Aufgabe und zum Ziel gesetzt hat, sprengen, und muß deshalb besonderen Spezialdarstellungen vorbehalten und überlassen bleiben. Hoffentlich gibt diese Abhandlung die Anregung und Veranlassung dazu, daß solche Spezialstudien, deren Bedeutung für die Klärung und Förderung unserer Wissenschaft nicht unterschätzt werden darf, zum Segen des Ganzen unserer Wissenschaft bald in Angriff genommen werden. (Schluß folgt.)

## Die Bodenbonitierung und Klassenbildung für die bayerische Grundsteuer und deren geschichtliche Entwicklung.

Von Professor Dr. Schniber, München.

(Schluß.)

In der Bonitier-Instruktion von 1811 war gesagt, daß zur Regelung der Grundsteuer neben der Flächenberechnung auch die Güte (Bonität) zu erheben ist, und daß unter „Bonität“ zu verstehen ist: die natürliche Erzeugungsfähigkeit vom Tagwerk, und zwar an Körnern nach Abzug des Bedarfs für die neue Aussaat, und ferner: ohne Rücksicht auf die Bewirtschaftungs- und Gewinnungskosten; mit anderen Worten also: es war darin festgelegt, daß nicht mehr der Reinertrag, sondern lediglich der Rohertrag der Besteuerung zugrunde zu legen sei. Ferner wurde in dieser Schätzer-Anweisung das Verfahren der Aufstellung von Musterstücken festgelegt, für welche der Ertrag an Früchten (und das gegenseitige Ertragsverhältnis) genau zu ermitteln war, und zwar „durch redliche, erfahrene, wohlbemittelte, unbescholtene Grundbesitzer“ (als Schätzleute). Der Eigentümer eines Musterstückes mußte seine Angaben darüber unter Eid machen; die Schätzleute dagegen mußten diese Angaben nachprüfen und

eidlich bestätigen. — Die Anzahl von Musterstücken war laut Anweisung unbeschränkt; es konnten so viele aufgestellt werden, daß für jedes Grundstück der Flur ein Anhalt gegeben war. Man sollte eben nach Bedarf Musterstücke aufstellen. Als Maßstab der Erzeugungsfähigkeit wurde bei den Äckern — der Körnerertrag (die Vervielfachung des Samens) angenommen. Tatsächlich wurde ja damals ganz vorwiegend Getreide auf den Äckern angebaut, so daß man andere Früchte außer acht lassen konnte.

Klassenbildung: Wenn die Schätzleute die Musterstücke festgestellt und auf Beschaffenheit und auf Ertrag untersucht (bonitiert) hatten, und sobald sie eine genügende Zahl von Anhaltspunkten für die Beurteilung aller übrigen Grundstücke gewonnen hatten, konnte beginnen: die Klassifikation aller einzelnen Grundstücke, welche von je drei Schätzleuten vorgenommen wurde. (Bonitur, d. h. Beurteilung, und Klassenbildung, d. h. Einreihung, sind also scharf zu unterscheiden.) Dabei durfte kein Schätzmann in jenem Steuerdistrikt die Klassenbildung durchführen, in welchem er selbst ansässig war.

Bei den Äckern bildete laut Anweisung die Ertragsfähigkeit von  $\frac{1}{8}$  Scheffel Roggen die geringste (erste) Ertrags- (Bonitäts-) Klasse,  $\frac{8}{8}$  = ein Scheffel, also die 8te Klasse,  $\frac{20}{8}$  Scheffel die 20ste Klasse usw. (Als oberste ergab sich später die 27ste Klasse für Äcker).

Der Ertragsberechnung zugrunde gelegt wurde die in der Gegend gebräuchliche Fruchtfolge, zumeist also ein Dreifelderumlauf von 3, 6 oder 9 Jahren und aus dem Durchschnitt derselben wurde der Ertrag eines Jahres ermittelt; dabei wurden aber die im Brachlande etwa angebauten Früchte überhaupt nicht als Ertrag angerechnet; sie blieben vielmehr steuerfrei, und zwar deshalb, weil damals sehr viele Landwirte das Brachland tatsächlich ertragslos liegen ließen. (Man bezeichnete die Brachfrüchte als solche „ländlicher Industrie“, was wohl heißen sollte, daß zum Anbau der Brache ein besonderer Fleiß angewendet werden mußte, welchen man durch Freilassung von der Steuer belohnen wollte.) War also damals (und späterhin) das ehemalige Brachland angebaut, so hatte der betreffende Landwirt einen nennenswerten Vorzug durch die Nichtbesteuerung dieser Fläche, also auch einen Anreiz zu stärkerer und besserer Ausnützung der ganzen Fläche; und das trifft erst recht heute zu, wo die Brache doch „besömmert“ oder „bewintert“ wird.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Gärten waren als Äcker zu behandeln und mit den besten Ackerklassen zu vergleichen; vernachlässigte Grundstücke waren nach demjenigen Ertrag in Klassen einzureihen, welchen sie bei angemessener Bewirtschaftung hätten bringen können.

Aus der Fläche des Grundstückes (z. B. 10 Tagwerk) und aus dessen Bonität (z. B. Klasse 20) ergab sich also die Steuerverhältniszahl ( $10 \times 20 = 200$  zu besteuernde Bonitäten); diese Verhältniszahl war die Einheit, nach welcher die Steuern verteilt wurden; jede Einheit nämlich vertrat einen Katastergulden (im obigen Beispiel also 200 Gulden); und jeder Gulden wurde ursprünglich mit einem Kreuzer zur einfachen Steuer (Simplum) herangezogen. Späterhin hatte das jeweilige Finanzgesetz (je nach Geldbedarf des Staates) zu bestimmen, wieviele Einheiten (Simpla) tatsächlich als Grundsteuer zu erheben waren. (Dies waren wechselnd 1, 2, 3 Kreuzer; später umgerechnet: 8, 7, 4, dann wieder 8  $\mathscr{P}$  für jede Steuerverhältniszahl: z. B. seit 1919 4  $\mathscr{P}$ ; im obigen Beispiel also für die Steuerverhältniszahl  $200 = 8 \mathscr{M}$ ; seit 1921 wieder 8  $\mathscr{P}$ , somit zur Zeit 16  $\mathscr{M}$  für das Grundstück von 10 Tagwerk Größe und von 20ster Bonität.

Das Amannsche Werk „Die Bayrische Landesvermessung“ usw. spricht gelegentlich von „ziemlich zahlreich unterlaufenen Oberflächlichkeiten in der ersten (1808er) Ausführung des Bonitiergegeschäftes; bei der Wiederholung der Bonitur auf Grund des endgültigen Gesetzes von 1828 seien die Mängel der ersten Ausführung aber größtenteils ausgebeffert bzw. vermieden worden. Immerhin möchte ich betonen, daß auch noch aus dieser Zeit manche Unstimmigkeiten der Bonitur herkommen. Wenn ich z. B. für ein mir sehr genau bekanntes Gut die alten (aus 1837 stammenden) Katasterbonitäten an Hand des Katasterplanes mit der wirklichen Güte der betr. Grundstücke an Hand einer selbst entworfenen Bodenkarte dieses Gutes vergleiche, so finde ich, daß im allgemeinen leidlich zutreffend nach der Anlage zur Fruchtbarkeit geschätzt wurde, daß aber doch nicht selten nur die durch Bodenpflege und Düngung künstlich gehobenen Erträge (wohl oft nach dem augenblicklichen Stand der Früchte) angenommen wurden, daß z. B. für die, nahe dem Hof gelegenen, in „alter Kraft“ befindlichen Grundstücke zu hohe Bonitäten, dagegen für entfernte, ihrer Fruchtbarkeitsanlage nach bessere, aber seinerzeit noch in ungenügender Pflege und Düngung belassene Flächen zum Teil zu geringe Bonitäten angeschlagen und in das Kataster eingesetzt wurden.

Anderß z. B. auf einem Staatsgute, wo um 1828 die Grundstücke größtenteils in gleichmäßigem Pflegezustand waren, wo aber außerdem von besonders guten Sachverständigen besonders zutreffend bonitiert worden sein dürfte.

Bonitur, Klassenbildung, Katasterherstellung und das Steuerverfahren wurden von 1814 an auf volle 14 Jahre eingestellt, bis endlich

1828 das endgültige Grundsteuergesetz erlassen wurde (Definitivum).

#### Die Bonitierung nach dem Gesetz von 1828.<sup>1)</sup>

Wie erwähnt, griff das Gesetz von 1828 wieder auf das von Ußjchneider vorgeschlagene Verfahren zurück; denn es stellte als Maßstab der Besteuerung abermals auf: den mittelmäßigen Ertrag (und zwar Rohertrag) berechnet aus Fläche und natürlicher Ertragsfähigkeit (§ 5). Dieser Ertrag war bei allen Bodennutzungsarten zu ermitteln nach dem Haupterzeugnis, d. h. bei Äckern nach dem Körnerertrag (auf je  $\frac{1}{8}$  Scheffel Roggen berechnet), jedoch unter Abzug des Saatgutbedarfs, auch des Strohertrags, auch des Ertrags an Brachfrüchten und an Weidenutzung und sonstigen Nebennutzungen des Ackers, und zwar nach Dreifelder-Regel, also mit Erfassung des Ertrags von weniger als  $\frac{2}{3}$  der Fläche.

Das Gesetz von 1828 richtete sich aber unter anderem auch auf die scharfe Überwachung der Ertragsangaben, die früher öfters zu niedrig gemacht wurden, dann auf eine Überwachung der verschiedenen Schätzbezirke unter sich, auf die Sicherstellung der Mustergründe gegen etwaige Schwankungen im angenommenen Ertrag, auch auf eine Erweiterung der Klassenabstufungen (Stala mit mehr Klassen). Das neue Gesetz sorgte auch für besondere Grenzmusterstücke, welche dem Zusammenhang und der Vergleichbarkeit der Musterstücke in den verschiedenen Bezirken zu dienen hatten; ferner ließ es nur solche Stücke als Musterstücke zu, die keine besonderen Vorzüge oder Mängel (Gebrechen) hatten, die also als wirklicher Maßstab für alle anderen zu steuernden Grundstücke brauchbar waren; ferner wurde vorgeschrieben, daß große Grundstücke nur dann in ein und dieselbe Klasse eingeschätzt werden durften, wenn eine wirklich gleiche Güte (Ertragsfähigkeit) durch sorgfältige Untersuchung festgestellt worden war. Die übertriebene Beschleunigung der erstmaligen Bonitur wurde dabei untersagt.

Die Ertragsfähigkeit der Musterstücke durfte nicht nach zufälligem Aufwand (z. B. von Kompost u. dgl. oder durch Entwässerung usw.), auch nicht nach Vernachlässigung bemessen werden, mußte vielmehr „nach gemeinüblichem Wirtschaftsfleiß“ festgestellt werden; sie mußte ermittelt werden nach der Beschaffenheit der Böden mit Rücksicht auf die klimatische Lage, und zwar von vereidigten Schätz-

<sup>1)</sup> Gewisse Wiederholungen hier unvermeidlich.

leuten, welche von der Gemeinde und der Verwaltungsbehörde gewählt wurden.

Dabei durften nur solche Grundstücke als Muster für die Klassenbildung der übrigen aufgestellt werden, bei welchen sich nicht erhebliche Unterschiede in den Gesamtertragsgaben der Eigentümer und der absoluten Mehrheit der Schätzeleute ergeben hatten. (Nicht Unterschiede über  $\frac{1}{4}$  Megen Körner je Tagwerk.) Ferner bestimmte das Gesetz die Aufstellung je besonderer Mustergrundstücke für jede Hauptbodennutzart, also für Äcker, Wiesen und Wald.

Die Musterstücke für Waldungen waren möglichst aus regelmäßig behandelten Forsten zu wählen (§ 32 der Instruktion für die Bonitierung und Klassifikation usw.). Dabei war der nachhaltige Holzertrag zu erheben, welchen die Waldungen unter Freilassung der Forstnebennutzungen gewähren; uns es war deshalb von der natürlichen Ertragsfähigkeit auszugehen, aber nicht vom gegenwärtigen Zustande des Waldes (zufälliger Bestand); als solche Muster konnten Teile oder Schläge von ordentlich bewirtschafteten Staatswaldungen, auch aus Privatwaldungen gewählt werden, doch mußte der Ertrag aus forstmännischen Schätzungen und Schlagregistern bekannt sein; jedenfalls mußte ein Bild der Ertragsfähigkeit gegeben sein. Als Schätzer wurden bei der Musteraufstellung außer den Eigentümern, Pächtern oder Verwaltern auch besondere Sachverständige verwendet, welche aus dem königlichen oder auch privaten Forstpersonal gewählt werden durften. Unter Benützung von erreichbaren Ertragsberechnungen und der Schlagregister, sowie unter Rücksicht auf die natürliche Beschaffenheit und Lage des Grundstückes und auf Grund der Fassion und Schätzung wurde der nachhaltige Holzertrag unter Freibelassung der Forstnebennutzungen (nicht aber der Zwischennutzungen) erhoben. Sodann wurde von den Schätzern festgestellt, welche Mengen von Holz auf dem Stamm (mit Rücksicht auf die Preise des Ortes, wo das Holz stand) je einem Achtel Scheffel Roggen als gleichwertig anzuschlagen seien. Aus diesen beiden Angaben wurde dann der Holzertrag und der Geldertrag festgestellt, der Geldertrag auf Roggenwert umgerechnet; und daraus ergab sich der Klassenfuß für die Besteuerung. Die Instruktion (§ 35) gibt hiezu folgendes Beispiel: Wenn nach Erklärung des Eigentümers (Verwalters, Pächters) ein nachhaltiger Holzertrag von 1,111 bayerischen Normal-Klaftern je Tagwerk abfällt, und wenn die Sachverständigen denselben Ertrag angeben, wenn ferner von Schätzern und Ertragserklärern einem Scheffel Roggen im Durchschnitt  $4\frac{1}{2}$  Klafter Holz als gleichwertig erklärt wurden, wenn mithin der hieraus für das Kataster sich

berechnende wirtschaftliche Nutzungswert eines Klasters Holz auf 1 Gulden 48 Kreuzer geschätzt wurde, so ist der Geldertrag des Waldes gleich 1,111 mal 1,8 Gulden, d. h. = 2 Gulden oder = 2 Achtel Scheffel Roggen; das betreffende Waldstück ist also ein Muster der Bonitätsklasse II. Eine Beschreibung der aufgestellten Waldmustergründe (in irgend einem Bonitierbezirk) gab die Beilage zu § 39 der Instruktion in folgender Art: Die einzelnen Spalten der Übersicht enthalten: 1. Die Benennung des Mustergrundes (samt Eigentümer, Katasternummer, Hausnummer, Meßblattsjichte und -nummer). 2. Flächeninhalt (Tagwerk und Dezimalen). 3. Beschreibung des Mustergrundes nach: Klima, obere Erbschichte und Unterlage. 4. Jahresertrag (und zwar geschieden nach Angabe der Eigentümer (Verwalter usw.) sowie der sachverständigen Schätzer, angegeben in Klastern je Tagwerk, und dieser Holztertrag umgerechnet auf Roggenwert (Achtel Scheffel), sodann auf Geld (Gulden und Kreuzer). 5. Hiernach die Ertragsklasse. 6. Eine Spalte für „Bemerkungen“ (z. B. zur Begründung der Bonitur).<sup>1)</sup>

Die Bonitätsklassen richteten sich, wie bemerkt, auch nach diesem neuen Geiz nach dem Körnertrag je Tagwerk.

Bei Äckern ergab (wie seit 1811) ein durchschnittlicher Tagwerksertrag von je  $\frac{1}{8}$  Scheffel Roggen (im Steuerwert von einem Gulden) nach Abzug des Saatgutes eine Ertragsklasse;  $\frac{20}{8}$  Scheffel, also die 20te Bonitätsklasse waren aus 20 Gulden zu besteuern.

Bei Wiesen war der Maßstab je  $1\frac{2}{3}$  Zentner Heu vom Tagwerk für jede Klasse (also 10mal  $1\frac{2}{3}$  Zentner (= 10 Gulden Ertrag) ergab die 10te Bonitätsklasse von Wiesen = 10 Gulden steuerbaren Wertes.

Dabei durfte aber auch die Güte des Heues berücksichtigt werden, wovon die Schätzleute auch Gebrauch machten.

Da nicht nur Roggen sondern mancherlei Körnerfrüchte angebaut wurden, mußte deren Wert (auch jener des Holzes) auf Roggenwert umgerechnet werden; dabei wurde der gegenseitige Wertanschlag der verschiedenen Getreidearten zur Umrechnung beibehalten, wie er

<sup>1)</sup> Die Weide war, wie schon angedeutet, leider nicht besonders berücksichtigt, sondern damals unter den Übungen mit zu behandeln; die „Alpweiden“ im besonderen aber zusammen mit den „Alpen“ (Sennalpen) und zwar nach der ernährbaren Viehzahl. Es fehlte also, und fehlt uns in Bayern auch heute noch an einer Bonitur der Viehweiden, daher meine besonderen Bestrebungen zur Schaffung einer brauchbaren Weidenbonitur, und zwar nach der darauf ernährbaren Zentnerzahl der verschiedenen Haustierarten (nicht Viehzahl) und nach Weidedauer. (S. Süddeutsche Landw. Tierzucht 1917, Nr. 50—52; ferner Wochenblatt des Landw. Vereins in Bayern 1921, Nr. 27.)

schon im Jahre 1811 vorgeesehen worden war (d. h. 1 Scheffel Roggen [im Werte von 8 Gulden] wurde im Werte gleichgeachtet  $\frac{2}{3}$  Scheffel Weizen =  $1\frac{1}{3}$  Scheffel Gerste oder 2 Scheffel Hafer). — Dabei wurde (ohne Rücksicht auf die tatsächlich auf einzelnen Gütern eingehaltene Fruchtfolge) im ganzen Königreich Bayern die gleiche Fruchtfolge, nämlich jene der „Dreifelderwirtschaft“ zugrunde gelegt, und dabei wiederum jedes dritte Jahr als ertragloses Brachjahr angenommen, und deshalb steuerfrei gelassen. Ertraglose Bodenflächen blieben ganz steuerfrei.

In jedem Bonitierbezirk leitete ein Oberschätzmann (aus der Zahl der bewährten Schätzleute, jedoch ohne Stimmrecht) das Geschäft der Feststellung und Bonitierung der Mustergründe und der Klassenbildung. Dieser durfte nicht im Bezirk ansässig sein. Die oberste Leitung lag in der Hand eines besonderen Kommissärs der Steuerkatasterkommission.

Wenn nun die Bonitur für einen ganzen Bezirk fertig war, dann wurden die Musterstücke in allen Gemeinden öffentlich bekannt gegeben; deren Beschreibung (also genaue Bonitur) lag zu jedermanns Einsicht und zu etwaigem Einwand 6 Wochen lang beim Landgericht auf; nach dieser Zeit galt kein Einwand mehr. Vorgebrachte Einwände wurden abermals von der Bonitierkommission nachgeprüft und endgültig erledigt.

Das Wesen der Klasseneinreihung aller Grundstücke war (nach § 46 der Instruktion von 1830) folgendes: Jedes in der Flur vorhandene Grundstück wurde sorgfältig auf natürliche Bodenbeschaffenheit (Güte), Wasserverhältnisse, auf Lage, Klima, etwaige Mängel und auf andere Einflüsse auf den Ertrag und hiernach auf seine Ertragsfähigkeit selbst untersucht; sodann wurde das Grundstück bezüglich seiner Beschaffenheit und Ertragsfähigkeit mit den verschiedenen, in der Gemarkung aufgestellten Musterstücken verglichen; und es wurde in die Klasse desjenigen Musterstückes eingereiht, welchem es ganz gleich war oder doch am meisten glich; fand man aber (an Hand der bisher aufgestellten Muster) kein Musterstück, dem das Grundstück gleich oder ganz ähnlich war, so bildete man besondere Zwischenklassen als Muster zwischen je 2 Musterstücken, und reihte dann das gerade zu behandelnde Grundstück in die passende Zwischenklasse ein. Man nannte diese Einreihung von Grundstücken in die passendste Klasse „die Angleichung an die Musterstücke“ (auch „Einklassierung“, auch „Einbonitierung“). Die Klassenbildung und die Einreihung in die Klassen wurde unter Beiziehung aller Schätzleute des Bezirkes und seines Grenzbezirkes vorgenommen; und es wurde der gleich=

mäßigen Behandlung wegen stets an den Grenzmusterstücken damit begonnen.

Zu diesem Zweck wurden kleinere Gruppen von je 3 Schätzleuten gebildet; bei jeder Gruppe befand sich ein Messungsbeamter, der die Grundstücke nach dem Plan feststellte, und die Bonitätsgrenzen auf größeren Grundstücken abzumessen und in den Plan einzutragen hatte, besonders aber die vereinbarte Klasse in den Plan eintrug.

Die Instruktion für Bonitur und Klassenbildung von 1830 änderte also den Geschäftsgang von 1809 und 1811 nicht im wesentlichen, enthielt aber die angegebenen Ergänzungen.

Hiernach blieb es bei der Klassenbeurkundung in der Art, daß die auf dem Felde selbst vorgenommene Feststellung der Bonitätsklassen sogleich zweimal verzeichnet wurde, nämlich 1. im Bonitirkataster (durch den leitenden Oberschätzmann) und 2. im Klassifikationsplan (durch den Vermessungsbeamten).

Amman spricht die Anschauung aus, Gesetz und Instruktion hätten bezüglich der Vorschrift der Klassenbildung und der Aufstellung der Mustergründe (also seitens des ganzen Bonitierverfahrens) schwerlich vollkommener gestaltet werden können; man sei deshalb zu den besten Hoffnungen bezüglich gleichartiger und zuverlässiger Ergebnisse berechtigt gewesen; das Verfahren des Gesetzes von 1828 habe auch mit der Zufriedenheit von Steuerpflichtigen und -Erheben geendet.

Zimmerlin ist — wie bereits erwähnt — der Schrift von Amman zu entnehmen, daß die erste Bonitur- und Klassenbildung (wenigstens zum Teil) keineswegs einwandfrei ausgefallen war; Mangel an Übung und Erfahrung, allzu großes Selbstvertrauen, große Übereilung, um zu hohe Kosten zu vermeiden, hatten eben doch den Wert des erstmaligen Verfahrens gedrückt, auch schwere Vorwürfe gegen die Durchführung gezeitigt. Ungleiche Bonitur- und Klassenbildung aber mußte zu einem Mißverhältnis in der Besteuerung führen, das auch im Landtag scharf verurteilt worden war. Und so mußten denn gewisse Bonituren nach Jahren wiederholt werden.

Dagegen ist nach ausdrücklicher Angabe Ammans die endgültige Bonitur (von 1828) im allgemeinen als sehr gut anzuerkennen, besonders bezüglich der einheitlichen Durchführung (aber kaum bezüglich der vollen Richtigkeit).

Erst im Jahre 1862 wurde die Bonitur über das ganze Königreich beendet, und die Besteuerung nach einem gleichmäßigen Klassenfuß durchgeführt, d. h. die Grundsteuerverhältniszahl wurde überall mit einem gleichen Steuerfuß belegt.



Was die Anzahl der Bonitätsklassen betrifft, so wurden nach der endgültigen Durchführung für Äcker deren 27 (also von 1—27) ermittelt, bei Wiesen ergaben sich bis zu 40 Klassen, bei Hopfengärten und Weinbergen sogar bis zu 64 Klassen, bei Waldungen bewegte sich die Bonitur von Klasse  $\frac{1}{4}$  bis Klasse  $11\frac{1}{2}$ .

Im wesentlichen blieb also das ursprüngliche Grundsteuergesetz trotz mancher Anfechtungen bezüglich der Auffindung des mittelmäßigen nachhaltigen Ertrages aus der natürlichen Erzeugungsfähigkeit des Bodens aufrecht erhalten. Es hat nach Amman nicht nur im Inlande größte Anerkennung, sondern auch im Auslande, z. B. Sachsen-Meiningen, Koburg ufw. zum Teil ausgedehnte Nachahmung gefunden. (Nicht aber Nachahmung in Preußen und Sachsen, die ja die Besteuerung nach dem Reinertrag eingeführt haben.

Wochte ein günstiges Urteil bezüglich der Gründlichkeit im allgemeinen zugetroffen haben, so dürfte dies doch bezüglich des Zutreffens der Bonitur- und Klassenbildung nicht vollauf zu bestätigen sein, und zwar schon nicht, was die seinerzeitige Beurteilung der Ertragsfähigkeit betrifft. Daß vollends im Laufe der späteren Zeit sich große Veränderungen in den wirklichen Erträgen ergeben mußten, je nachdem landwirtschaftliche Verbesserungen am Boden selbst durch Bearbeitung, Düngung, Entwässerung und sonstige Verwirthschaftung durchgeführt wurden (oder auch gelegentlich Ertragsminderung durch Verschlechterungen — z. B. durch Versauern von Wiesen — eintraten), das liegt ohne weiteres auf der Hand; und wenn die alten Katasterbonitäten nicht mehr mit der heutigen Beschaffenheit des Bodens, also auch nicht mehr mit den heutigen Erträgen übereinstimmen, so ist dies nur selbstverständlich, und zwar angesichts der allermest erreichten Steigerung aller Früchterträge erfreulich; und diese veränderten, heute tatsächlichen Bonitäten können selbstverständlich nicht mehr der alten, auf ganz anderer Voraussetzung aufgebauten Steuerbonitur zur Last gelegt werden. Wenn also die alte Bonitur- und Klassenbildung längst nicht mehr als einwandfreies Mittel zu einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung (und nebenbei bemerkt, auch nicht für die Wertveranschlagung von Grundstücken zwecks Beleihung Flurbereinigung oder gar zwecks Kaufs) anerkannt werden kann, so darf damit der gewaltigen Arbeit, auch der ehemaligen Bedeutung des großen Steuerwerkes kein Abbruch getan werden.